

ULRICH SCHNEIDER (HG.)

FÜR ALLE

WESTEND

**NICHT DIE
WENIGEN**

Warum wir unsere Zukunft nicht den
Märkten überlassen dürfen

WESTEND

ULRICH SCHNEIDER (HG.)

FÜR ALLE, NICHT DIE WENIGEN

Warum wir unsere Zukunft
nicht den Märkten überlassen dürfen

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-146-5

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2021

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen und Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort des Herausgebers	7
Joachim Rock	
Weil die Welt sich ändern muss: Von der Wirtschaftsgesellschaft zur Wirtschaft für die Gesellschaft	11
Ulrich Schneider	
Die Narrative des Neoliberalismus: Von Verlockungen und Denkschwellen	55
Melanie Weber-Moritz	
Neues Wohnen braucht das Land: Über die Notwendigkeit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit	81
Dierk Hirschel	
Autoland wird abgebrannt? Eine sozial-ökologische Verkehrswende ist möglich	99
René Mono und Olaf Bandt	
Klimaschutz als sozial-ökologisches, gemeinwirtschaftliches Projekt: Wikipedia und die Bürgerenergie	125

Olaf Bandt und Elisabeth Fresen

**Für eine soziale und ökologische Agrarwende:
Warum sich Landwirtschaft und Ernährungssystem
am Gemeinwohl orientieren müssen** 141

Rolf Rosenbrock

**Warum Gesundheit und Profit nicht zusammengehen:
Anmerkungen zur aktuellen Gesundheitspolitik** 161

Ulrich Schneider

**Mensch statt Mehrwert: Warum Pflege gemeinnützig
sein muss** 183

Olaf Zimmermann

**Zwischen Prekariat und internationalen Blockbustern:
Die Kultur im ökonomischen Schraubstock** 203

Mara Dehmer und Cornelia Harrer

**Solidarisches Handeln und Wirtschaften im ländlichen Raum:
»Die interessanten Dinge passieren auf dem Land«** 229

Die Autor*innen 247

Anmerkungen 251

Vorwort des Herausgebers

Kaum eine Legende hält sich so hartnäckig wie die vom freien Markt, der schon alles richten werde. Selbst sein offensichtlichstes Versagen und seine Tendenz, unübersehbare soziale und ökologische Verwerfungen zu erschaffen, konnten diesem Positivimage lange Zeit nichts anhaben. Zweifel am grenzenlosen Segen der freien Marktwirtschaft äußerten in der Bundesrepublik lange Zeit fast ausschließlich Außenseiter im ökonomischen Diskurs und marginalisierte politische Gruppen. Der Mainstream konnte es dabei belassen, seine Kritiker wahlweise als »linke Träumer« oder gleich direkt als Kommunisten abzutun, was sich als eine überraschend erfolgreiche Strategie erweisen sollte.

Mit der weltweiten Finanzkrise im Jahre 2008 trübte sich die Stimmung jedoch merklich ein. Ein allzu freier Finanzmarkt ließ ganze Volkswirtschaften einbrechen und zahllose Menschen waren von einem Tag auf den anderen ruiniert. Die Welt zeigte sich geschockt. Auch Deutschland erfuhr seine bis dahin tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Zweifel am freien Markt und seinen vermeintlichen Selbsteilungskräften griffen nun auch in breiteren Teilen der Bevölkerung um sich. Das Vertrauen in Banker und Konzernchefs, bis dahin als moderne Heilsbringer verehrt und von der Politik hofiert, nahm deutlich ab.

Die Zweifel wuchsen. In Großstädten wurde bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Der Staat hatte bereits um die Jahrtausendwende begonnen, sich immer weiter aus dem sozialen Wohnungsbau zurückziehen, da der Markt es ja richten sollte. Für Investoren

wurde es dabei immer lukrativer, hochpreisig zu bauen, Normalwohnungen in Luxusimmobilien umzuwandeln oder einfach nur mit Boden und Leerständen zu spekulieren, als preiswerten Wohnraum entstehen zu lassen. Zugleich stiegen die Mieten horrend und brachten immer mehr Menschen in schier ausweglose Situationen. Mit Maßnahmen wie dem Mietendeckel, Initiativen für Mietensstopps oder auch der Vergesellschaftung von großen Wohnungsunternehmen versuchen sich die Menschen heute, angesichts einer völlig entgleisten Situation, zu wehren und der Marktlogik, die sie aus ihren Wohnungen treibt, Einhalt zu gebieten.

Zeitgleich schafften es Umweltverbände und die neu entstandene Fridays-for-Future-Bewegung, die nahende Klimakatastrophe mit dem nötigen Druck auf der Straße endlich in das öffentliche Bewusstsein zu tragen. Immer mehr Menschen sehen die Notwendigkeit einer rigorosen ökologischen Wende in der Energiegewinnung, in der Landwirtschaft und im Verkehr und auch, dass der profitorientierte Markt keine echten Lösungen für unsere Probleme anzubieten vermag. Ganz im Gegenteil: Sie erleben, wie den mächtigen Nutznießern dieses profitgesteuerten Systems jede noch so kleine Intervention zum Schutz von Umwelt, Menschen, Tieren und selbst Kultur in harten politischen Auseinandersetzungen mühsam abgerungen werden muss und wie Energiekonzerne trotz Fukushima und Klimakatastrophe schamlos auf Entschädigungen für entgangene Gewinne klagen oder Automobilhersteller nicht einmal vor kriminellen Praktiken zurückschrecken, um gesetzliche Vorgaben zu unterlaufen. Nur der Profit zählt.

Selbst der sogenannte Pflege- und Gesundheitsmarkt scheint spätestens seit der Corona-Krise zunehmend in einem anderen Licht. Heruntergesparte und in der Pandemie völlig überlastete Pflegeeinrichtungen gerieten plötzlich in den Fokus des öffentlichen Interesses. Dabei fiel außerdem auf, dass diese mittlerweile zu beliebten Anlageobjekten von internationalen Konzernen und Fonds geworden waren. Selbst als die Pandemie dort bereits Tausende von Op-

fern forderte und das Personal einen verzweifelten Kampf mit dem Virus führte, meinten Investoren, hier Gewinne einstreichen zu müssen. Das warf sehr grundsätzliche Fragen auf: Kann es richtig sein, dass man pflegebedürftige Menschen als Renditeobjekte handelt? Wo liegen die moralischen Grenzen des Marktes? Ist eine am Menschen orientierte Organisation von Pflege und Gesundheit unter neoliberalen Bedingungen überhaupt möglich?

Immer größeren Teilen der Bevölkerung »dämmert« es: Auf einem Markt, den Profitmaximierung und Konkurrenzdenken beherrschen, geraten sowohl der Mensch als Individuum wie auch die kollektiven Güter, die er zum Leben braucht, aus dem Blick. Dazu gehören etwa soziale Sicherheit, eine selbstbestimmte, sinnvolle Arbeit und die Möglichkeit, seine Existenz in einem lebendigen gut ausgestatteten und kulturell vielfältigen Gemeinwesen selbst zu gestalten.

Das Zusammentreffen von Klimakrise und Coronapandemie hat die Schwächen und die Hilfslosigkeit des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells wie unter einem Brennglas offengelegt. Nicht zuletzt das Preisgefeilsche um lebensrettende Impfstoffe, die Priorisierung der reichsten Länder dieser Welt und der Unwille wie auch die Unfähigkeit, die Patente freizugeben, damit auch die ärmeren Staaten schnell in ausreichender Menge versorgt werden können, kam einem moralischen Bankrott der Marktwirtschaft gleich.

Unser Wirtschaftssystem ist nichts anderes als eine soziale Ordnung, ein Geflecht von Übereinkünften betreffend die Frage, wie wir Menschen gemeinsam wirtschaften wollen. Die neoliberale, an Profitmaximierung und Konkurrenz orientierte Wirtschaftsweise folgt politischen Entscheidungen und ist weder natur- noch gottgegeben. Ihre vielbeschworene Alternativlosigkeit verkommt dabei zum bloßen Schein. Permanente Konkurrenz ist kein Muss, sondern lässt sich durch ein solidarisches Miteinander ersetzen. Auch die Orientierung des wirtschaftlichen Handelns am höchstmöglichen Profit ist nicht alternativlos. Der große gemeinnützige Sektor in Deutschland, ein lebendiges Genossenschaftswesen und auch die wichtige

öffentliche Daseinsvorsorge sind dafür Beleg genug. Sie zeigen, dass eine ökonomische Orientierung am Menschen statt an Profiten nicht nur möglich, sondern der Profitlogik sogar überlegen ist. Zumindest dann, wenn es nicht allein um das schnelle Geld, sondern um eine für alle Beteiligten lebenswerte und gute Gesellschaft gehen soll.

Betrachten wir die Wirtschaft erst einmal als soziales System, ist es vor allem unser Menschenbild, das darüber entscheidet, ob wir Alternativen zur neoliberalistischen Wirtschafts- und Lebensweise auch in der Breite für möglich halten oder nicht. Sollte der Mensch tatsächlich dem neoliberalen Bild eines egozentrischen *Homo oeconomicus* entsprechen, der stets auf den eigenen Vorteil bedacht ist und ewig den Wettbewerb sucht, so wäre es in der Tat müßig, sich über eine bessere Welt Gedanken zu machen. Doch beweist uns eine lebendige Bürgergesellschaft zum Glück täglich aufs Neue, dass es sich bei ihm um ein zutiefst soziales Wesen handelt, das bereit und in der Lage ist, Verantwortung für sein Gemeinwesen zu übernehmen – und dies durchaus mit großer Lust und persönlichem Gewinn! Viele Beispiele in diesem Buch zeigen, dass Mitgestaltung und Teilnahme dem Menschen näher liegen als bloßer Konsum und Handel.

Getragen von dieser Gewissheit und dem Vorsatz, dass wir unsere Zukunft nicht einfach den Märkten überlassen dürfen, beleuchtet dieser Band die Themen Wohnen, Verkehr, Umwelt und Energie, Landwirtschaft, Pflege und Gesundheit, Kultur sowie das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Als Herausgeber bin ich glücklich, Autorinnen und Autoren gewonnen zu haben, die nicht nur ausgewiesene Fachleute für ihre Bereiche sind, sondern als Vertreterinnen und Vertreter wichtiger Non-Profit-Organisationen mitten in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung stehen. Sie sind mit den Problemen vor Ort vertraut und wissen, wo der Neoliberalismus versagt, kennen aber auch die vielen Praxisprojekte und Initiativen, die Mut machen und uns Wege zu einem neuen Wirtschaften aufzeigen – für alle, nicht die Wenigen.

Ulrich Schneider am 17.04.2021

Weil die Welt sich ändern muss: Von der Wirtschaftsgesellschaft zur Wirtschaft für die Gesellschaft

Von Joachim Rock*

Wir waren schon einmal weiter: Die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland hat einen historischen Höchststand erreicht, übertroffen nur von der Ungleichheit der Vermögensverteilung, nach der die ärmere Hälfte der Bevölkerung über gerade mal ein halbes Prozent des gesellschaftlichen Reichtums verfügt.¹ Von der im Grundgesetz postulierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sind wir weit entfernt. Die ökologischen Grenzen des Wachstums werden nicht nur ausgereizt, sondern überschritten. Hierzu nur einige Beispiele: Die Politik hat sich mit der fortgesetzten Förderung des Individualverkehrs selbst in eine verfahrenere Situation manövriert, während der öffentliche Personennahverkehr auf der Strecke zu bleiben droht. Gesundheit und Pflege werden längst nicht mehr im Interesse der Bedürftigen organisiert, sondern hauptsächlich gemäß Gewinnvorstellungen. In der Agrarindustrie ist das Wachstum von Renditen wichtiger als die Gesundheit der produzierten Lebensmittel. Die Kultur muss ihren Wert zunehmend an Kriterien der Rentabilität bemessen. Und Wohnen, ein lang unterschätztes Grundrecht, wird zum Luxus für diejenigen, die es sich leisten können – und dazu gehören immer weniger. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Viele vermissen in einer zunehmend liberalisierten Gesellschaft die Möglichkeit, Dinge selbst zu gestalten. Aus diesem Grund ist

* Dieser Beitrag ist dem Andenken an Barbara Stolterfoht, der ehemaligen Verbandsvorsitzenden des Paritätischen, gewidmet.

auch nur noch eine Minderheit der Bevölkerung mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Für ein sich selbst als Wissensgesellschaft verstehendes Staatswesen erleben wir ein erstaunliches Ausmaß an Handeln wider besseres Wissen. Das gilt für das gesellschaftliche wie das globale Klima gleichermaßen. Schreibt man die Entwicklungen der vergangenen Jahre fort, droht die düstere Vorhersage Wirklichkeit zu werden: heute am Abgrund, morgen schon ein Stück weiter.

Dinge zu verändern, setzt ein Bewusstsein dafür voraus, dass es anders sein kann. Dieses ist leider vielfach verlorengegangen. Es scheint ganz so, als lebten wir in einer Wirtschaftsgesellschaft, in der die Wirtschaft nicht der Gesellschaft dient, sondern sich die Gesellschaft nach den Interessen der Wirtschaft ordnen muss. Das verstörende, das buchstäblich Widernatürliche dieser Entwicklung bleibt wenig diskutiert. Woher speist sich das kollektive Beharren auf einer Form des Wirtschaftens, die nur den Wenigen, nicht den Vielen, einen Nutzen bringt? Wie äußert sich diese Tendenz in zentralen Bereichen der Politik? Und wie kann sie überwunden werden? Diese drei Leitfragen strukturieren den vorliegenden Beitrag.

Schöne neue Wirtschaftswelt

Es liegt nicht weit zurück, doch es wirkt lange her: Menschen stehen auf ihren Balkonen und applaudieren Pflegenden, die sich diese Häuslichkeit nicht leisten können. Es ist auch das schlechte Gewissen, das den Beifall motiviert, und das Wissen darüber, dass gerade Missverhältnisse offen zu Tage treten: zwischen dem, was gefordert wird, und dem, wie es honoriert wird. Die Pandemie hat dieses Ungleichgewicht verstärkt und einmal mehr sichtbar gemacht.

Stellen wir uns vor, wir lebten in einem Land, in dem beispielsweise die Arbeit von Pflegekräften nicht mit Applaus, sondern anständiger Bezahlung nach Tarif vergolten würde. Stellen wir uns

vor, dass ein arbeitslos gewordener Mensch nicht mehr das Gefühl habe, sich rechtfertigen zu müssen, sondern durch Arbeitsämter gefördert würde, seine eigenen Qualifikationen und Qualitäten zu anständigen Löhnen wieder einzubringen. Stellen wir uns vor, pflegebedürftige Menschen bekämen nicht die Hilfe und Unterstützung, die ein nach Abzug von »Kosten« und Gewinn verbleibender Betrag gerade eben noch zulässt, sondern eine solche, die sich allein daran bemisst, was für gute Pflege notwendig wäre. Bei diesen Versuchen merken wir, wie schwer es uns fällt. Dabei liegt die Zeit, in der das alles noch Wirklichkeit war, nicht lange zurück.

Noch bis Ende der 1980er Jahre orientierte sich etwa die Bezahlung der Pflegekräfte an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes oder an den Regelungen des »Dritten Weges« der kirchlichen Träger. Diese Regelung zu kippen, war eine politische Entscheidung. Mit der Pflegeversicherung, der Konzeption nach ein Marktschaffungsgesetz,² wurde die Stellung häufig nicht-tariflich gebundener gewinnorientierter Träger verbessert. Über die Pflegesätze übte man gleichzeitig Druck auf deren »Konkurrenz« aus, die tarifliche Entlohnung zu senken oder aufzugeben. Schon mit dem Gesundheitsstrukturgesetz von 1992, das gewerbliche Träger ausdrücklich als Leistungsträger anerkannte und die Umsatzsteuerbefreiung auf diese ausdehnte, war ein politisch gewollter Ausstieg aus der Bezahlung nach Tarif erreicht.³

Die Pflege unterstützungsbedürftiger Menschen finanzierte sich, etwa im Krankenhausbereich, zwischen 1972 und 1992 nach dem sogenannten Selbstkostendeckungsprinzip: Was für die Pflege notwendig war, wurde den Dienstleistern erstattet. Das trieb allerdings nicht die Kosten, da unter diesen Bedingungen keine Profite erwirtschaftet werden konnten, schließlich musste man auch entsprechende Ausgaben nachweisen. Die Abkehr vom Selbstkostendeckungsprinzip war deshalb der Katalysator, der es dem Profitstreben ermöglichte, auch im Gesundheitswesen und in der Pflege Fuß zu fassen. Und da die Personalkosten in diesen Bereichen den größten

Teil der Ausgaben ausmachen, geht die erzielte Rendite fast ausschließlich zulasten der Beschäftigten.

Mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 waren die Bedingungen für die Einrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbessert worden. Mitte der 1970er Jahre hatte man diese bereits in weiten Teilen umgesetzt, ebenfalls orientiert an den Tarifen des öffentlichen Dienstes. Über solche Maßnahmen den Einstieg in das Erwerbsleben zu schaffen, war frei von jeglichem sozialen Stigma. Wer dennoch langfristig arbeitslos wurde, hatte im Anschluss an das Arbeitslosengeld unbefristet Anspruch an die ebenfalls am vorigen Einkommen orientierte Arbeitslosenhilfe. Doch das war einmal. Heute haben wir uns scheinbar daran gewöhnt, dass nur noch ein Drittel der Arbeitslosen unmittelbar nach dem Verlust ihres Berufs überhaupt Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhält. Alle anderen werden auf die eigenen Rücklagen oder an die Grundsicherung verwiesen. Eine tarifliche Bezahlung auch in den personenbezogenen Diensten, der Vorrang guter Pflege vor hoher Rendite, eine fair ausgestaltete Arbeitsförderung und eine Arbeitslosenhilfe ohne eingebauten Armutscountdown hin zur Grundsicherung – all das scheint nicht nur den Jüngeren heute schier fantastisch. Vielleicht liegt es daran, dass wir uns stets fragen: »Rechnet sich das?« Und: »Wer soll das bezahlen?« Genau diese Gedanken sind ein Ausdruck des Problems.

Erfolgsgeschichte und Erbschaften des Neoliberalismus

Der übersteigerte Marktfundamentalismus auch in den Bereichen, in denen der Markt »es« eben nicht regelt, wird allgemein als Neoliberalismus bezeichnet. Im Folgenden ist darunter »eine ideologisch geformte Lehre zur Verteidigung der von politischen Korrekturen gefreiten Marktwirtschaft« zu verstehen, die »auch die permanente

Suche nach einer politischen und institutionellen Strategie und Taktik zur Durchsetzung der Marktgesellschaft« beinhaltet.⁴ Diese Definition umfasst die wichtige Erkenntnis, dass Neoliberalismus mehr als ein Wirtschaftsprogramm oder eine Theorie des Wirtschaftens darstellt. Dann wäre er nämlich einfach zu überwinden. Der Neoliberalismus ist aber nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches, soziales und kulturelles Projekt, das von Beginn an darauf gerichtet war, unser Alltagsverständnis umzukrempeln. Nahezu niemand bezeichnet sich als neoliberal, und doch verfolgt uns diese Ideologie fortwährend. Sie bleibt unsichtbar, doch ihre Hand waltet allerorten. Und was sich nicht greifen lässt, lässt sich auch nur schwer überwinden. Der Neoliberalismus ist »als Weltanschauung mittlerweile so tief im Alltagsleben verwurzelt [...], dass er als nahezu »ideologiefreie Ideologie« durchgehen kann.«⁵ Das aber ist des Pudels Kern: »Die schönste List des Teufels ist es, uns zu überzeugen, dass es ihn nicht gibt.«⁶

Im Mittelpunkt der neoliberalen Programmatik steht nicht die Abschaffung von Institutionen, die gesellschaftliche Freiheit befördern, sondern die Schaffung von Institutionen, die diese Freiheiten einhegen und begrenzen. Sein Ziel ist nicht, »Märkte zu befreien, sondern sie zu ummanteln, um den Kapitalismus gegen die von der Demokratie ausgehende Bedrohung zu isolieren und einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der es ermöglichen würde, das oft irrationale menschliche Verhalten unter Kontrolle zu bringen.«⁷ Entstehung und Entwicklung des Neoliberalismus sind an anderer Stelle ausführlich beschrieben worden.⁸ Im Mittelpunkt dieses Beitrages sollen stattdessen Strategien und Bedingungen seiner fortgesetzten »Landnahme«⁹ stehen, ebenso wie seine Erfolge dabei, Gegenbewegungen durch die Integration einzelner Elemente ihrer Programmatik nicht nur zu neutralisieren, sondern selbst diese noch mit Gewinn zu verkaufen oder als »trojanische Pferde« zu benutzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Ausgangsbedingungen für Forderungen nach einem Minimalstaat denkbar schlecht, wie das